

Ein Land der Solidarität kennt keine Grenzen!

Die Zahl der Flüchtlinge ist mit 60 Mio. Menschen weltweit so groß wie nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Furchtbare Kriege und Vertreibungen, vor allem in Afrika, Nah- und Fernost, Menschenrechtsverletzungen und diktatorische Regime, extreme soziale Armut und Ausgrenzungs- und Verelendungsprozesse sowie Umweltzerstörungen zwingen immer mehr Menschen zur Flucht und kein Zaun der Welt wird sie stoppen. Für Deutschland stellt die deutlich gestiegene Zahl von zuletzt prognostizierten bis zu 1.000.000 Asylsuchenden eine Herausforderung dar. DIE LINKE gehört nicht zu den Verursachern dieser Krise, aber wir wollen dazu beitragen, sie gemeinsam mit anderen zu lösen.

Brandenburg wird nach aktuellen Zahlen bis Ende 2015 mehr als 30.000 Geflüchtete aufnehmen, der Anteil des Landkreises Barnim wird sich dabei auf etwa 2.700 Menschen belaufen. Die menschenwürdige Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen ist eine humanitäre Pflicht, die das wirtschaftlich starke Deutschland in vorbildlicher Weise erfüllen kann und muss, solidarisch und unter strikter Achtung der Menschenrechte. Flüchtlinge sind herzlich willkommen und müssen eine würdige Aufnahme, ein faires Asylverfahren und Schutz erhalten. Langfristig entscheidend ist eine wirksame Bekämpfung der Fluchtursachen und nicht der Flüchtlinge. Dies bedarf grundlegender Änderungen in der Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, das heißt beispielsweise Rüstungsexporte sind zu verhindern, deutsche Militäreinsätze sind zu beenden und zukünftige zu unterlassen

Auch für den Barnim ist die Situation eine große Herausforderung. DIE LINKE. Barnim nimmt diese Herausforderung an. Wir sind überzeugt, dass die zu uns geflüchteten Menschen hier integriert werden können, dass wir als Region in der Lage sind, diese Situation zu meistern. Daher gilt zunächst unser Dank all jenen Menschen im Barnim, die sich ehrenamtlich oder als Teil der Verwaltungen oder der Hilfseinrichtungen, intensiv und mit aller Kraft für die Bewältigung der Situation einsetzen. Ohne die freiwilligen Helfer*innen, die beim Ankommen, beim Versorgen, beim Unterbringen, im Alltag oder mit Sprachkursen den Flüchtlingen helfen und ohne die Mitarbeiter*innen der Verwaltungen, wäre die Lage in unserem Landkreis nicht zu bewältigen gewesen. Daher sagt DIE LINKE Danke!

Wir bitten an dieser Stelle, den geflüchteten Menschen weiterhin mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Dafür braucht es neben den Helfer*innen auch die Kitas, die Schulen, die Unternehmen, öffentliche und private Einrichtungen. Wir brauchen eine Willkommenskultur, die nicht mit dem Tag des Ankommens und der Erstaufnahme enden darf. DIE LINKE. Barnim bittet daher alle Menschen in unserer Region auf, aktiv an einer Willkommenskultur mitzuwirken.

Wir rufen unsere Mitglieder und Gliederungen auf, individuelle Patenschaften zur Integration der vor Krieg, Not und Elend Geflüchteten in unserer Region vor Ort zu initiieren. Hier ist die Bereitschaft zum (Sach-) Spendensammeln genauso gefragt wie Alltagsbegleitung oder auch einfach nur die Einladung zum gemeinsamen Kaffee und das offene Gespräch in der Nachbarschaft. Die Flüchtlinge bedürfen der Unterstützung im Alltag, beim Gang zum Amt, zur Bank oder zum Arzt. Sie brauchen Freizeitangebote und „Alltagsdolmetscher“. Hier können und wollen wir helfen.

Für uns LINKE gehört zu einer Willkommenskultur auch der Widerstand gegen jene, die Flüchtlinge bedrohen, die Grenzen schließen wollen oder sich gegen Asylrecht oder Unterbringung artikulieren und versuchen, andere benachteiligte Menschen gegen Flüchtlinge auszuspielen. Wir dulden keinen Missbrauch bei der Arbeitsmarktintegration von flüchtenden Menschen, sei es durch den Versuch den Mindestlohn zu unterwandern sowie durch prekäre Beschäftigung durch Minijobs und Werkverträge oder langfristiger Praktikumsplätze. (Niels Neudeck, Ralf Kaiser) DIE LINKE Barnim wendet sich aktiv gegen jede Form von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Hetze. Wir werden aktiv geflüchtete Menschen und deren Unterkünfte schützen. Gleichzeitig werden wir uns weiterhin für die sozialen Belange auch der hier schon Lebenden einsetzen.

Damit eine Willkommenskultur gelingen kann, braucht es auch Willkommensstrukturen. Für die Integration der Flüchtlinge sind auf allen Ebenen Maßnahmen notwendig. Daher fordert DIE LINKE. Barnim folgende Schritte:

Wir erwarten von der **Landespolitik** schnelle Maßnahmen. Dazu gehören:

- eine Erhöhung der Zahl der Lehrkräfte für die Willkommensklassen
- der Ausbau der Weiterbildung von Lehrkräften für Deutsch als Fremd- bzw. Zweitsprache
- die Berücksichtigung der neuen Zahlen von Flüchtlingskindern bei der Finanzierung der Kitas
- weitere Anstrengungen bei den Maßnahmen zur gesundheitlichen Versorgung, u.a. der Einführung der Chipkarte
- die schnelle Verabschiedung des neuen Landesaufnahmegesetzes, welches u.a. eine verbesserte Betreuung der Flüchtlinge durch mehr Sozialarbeiter sichert
- gezielte Maßnahmen zur Versorgung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge
- ein Sozialwohnungsbauprogramm, welches allen Menschen nützt
- mehr Investitionen in die öffentliche Infrastruktur

Wir erwarten vom **Landkreis Barnim**:

- eine sichere, winterfeste Unterbringung aller Flüchtlinge, perspektivisch nach Möglichkeit in Wohnungen
- Maßnahmen zur Verbesserung der räumlichen und baulichen Situation in den bestehenden Sammelunterkünften im Landkreis
- verstärkte Maßnahmen für Deutschkurse, gerade in der Volkshochschule, sowie die Unterstützung der kommunalen Bibliotheken als Bildungseinrichtungen auch für Flüchtlinge
- eine stärkere hauptamtliche Koordination und Vernetzung der Ehrenamtlichen durch die Kreisverwaltung sowie den Ausbau des Fonds zur Unterstützung ehrenamtlicher Maßnahmen der Integration und der Willkommenskultur, wofür auch Mittel einzuplanen sind
- Unterstützung beim Aufbau eines zentralen Dolmetscher-Pools für unsere Region

- Initiativen des Jobcenters „Pro Arbeit“ zur beruflichen Integration von Flüchtlingen
- eine weiterhin transparente Informationspolitik der Kreisverwaltung bei der Planung und dem Bau von Flüchtlingsunterbringungen